

Assoziierter Horizont

Was bedeutet der Last-minute-Brexit-Deal für die britische Wissenschaft?

Nach langen und sehr zähen Verhandlungen einigten sich die Europäische Union und das Vereinigte Königreich am 24. Dezember auf ein weit über tausendseitiges Handels- und Kooperationsabkommen. Zum Jahreswechsel ersetzte das teils noch vorläufige System die auslaufenden Übergangsregeln für Warenaustausch, Verkehr und die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Nicht alle Beteiligten haben das Abkommen bis zum Jahreswechsel ratifiziert; dies soll bis Ende Februar geschehen. Trotz der mehr als vier Jahre seit dem Brexit-Referendum sind nicht alle Themen abschließend geklärt: Mehrere Details müssen in Nachverhandlungen geklärt werden. Für die Wissenschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals ist entscheidend, dass Großbritannien von Beginn an am siebenjährigen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe teilnimmt, also seit dem 1. Januar.¹⁾ Allerdings erhalten die Briten als assoziierter Drittstaat wahrscheinlich weniger Rechte als ähnliche langjäh-

rige Vertragspartner der EU, wie die Schweiz, Norwegen oder Israel.

Britische Forschungsgruppen und Unternehmen erhalten keine Förderung durch den Europäischen Innovationsrat, denn die EU möchte die Konkurrenz vor der Haustür nicht gezielt bei der wirtschaftlichen Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse unterstützen. Die britische Seite lehnte eine Teilnahme am Austauschprogramm Erasmus+ als zu teuer ab, was die britische und europäische Wissenschaft enttäuschte. So erklärte der Präsident der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Peter-André Alt: „Wissenschaft lebt von Begegnungen, Austausch und Diversität schon auf Ebene der Studierenden. Insofern betrachten wir den britischen Rückzug aus dem Erasmus-Programm als Fehler.“ Dennoch zählt er die britischen Universitäten auch in Zukunft zu den wichtigsten Partnern der deutschen Wissenschaft. Das kurzfristig als Ersatz aufgestellte „Turing Programme“ sieht zwar 100 Millionen britische Pfund für britische Studierende vor, die ins Ausland gehen wollen. Die anvisierten 35 000 Stipendiaten können damit aber die Kosten vieler Aus-

tauschziele in Europa nicht decken. Außerdem gibt es keinerlei Mittel für auswärtige Studierende, die einen Studienaufenthalt in Großbritannien planen. Das dürfte es den britischen Universitäten sehr schwer machen, Kooperationspartner zu finden.

Die Physik im Vereinigten Königreich kann aufatmen. Das Abkommen sieht vor, in einigen Bereichen maximal integriert zu bleiben: in der Weltraumforschung und Raumfahrt, insbesondere bei dem Satellitenbeobachtungsprogramm Copernicus und der gemeinsamen Überwachung von Satellitenbahnen und Weltraumschrott, bei EURATOM-Projekten und in der Fusionsforschung vor allem beim Großprojekt ITER. Lediglich der militärische Teil des Galileo-Navigationssystems bleibt den Briten verschlossen – obwohl sie als EU-Mitglied maßgeblich zum Aufbau beigetragen hatten.

Grundsätzlich gilt die jetzt beschlossene Kooperation zwischen EU und Großbritannien für die nächsten sieben Jahre. Eine Verlängerung ist von beiden Seiten gewünscht, basierend auf neuen Verhandlungen.

Matthias Delbrück

1) Physik Journal, November 2020, S. 15, und März 2020, S. 14

USA

Neuer Rekordhaushalt

Der unter recht dramatischen Umständen beschlossene Staatshaushalt der USA für das Finanzjahr 2021 (bis 30. September) zeigt eine bemerkenswerte Kontinuität: Wie in den vier Jahren zuvor hatte die Trump-Administration zum Teil massive Kürzungen im Forschungsbudget verlangt, die dann in dem von beiden Häusern beschlossenen Zahlenwerk zu einer erneuten Steigerung auf das Rekordniveau von knapp 230 Milliarden US-Dollar wurden.

Die größten prozentualen Zuwächse im Vergleich zum Finanz-

jahr 2020 haben das Programm des Energieministeriums (DOE) zur nuklearen Sicherheit sowie der Etat des Verteidigungsministeriums (DOD) für Wissenschaft und Technologie. Die größten Änderungen im Vergleich zum Regierungsentwurf finden sich bei der angewandten Energietechnik (insbesondere bei regenerativen Energien) und bei den naturwissenschaftlichen Bildungsprogrammen, welche die Regierung von Donald Trump wie in den Jahren zuvor fast ganz abschaffen wollte. In absoluten Zahlen sind die größten Posten wie in den vergangenen Jahren auch die nicht speziell naturwissenschaftliche För-

derung von Forschung und Entwicklung durch das DOD, die Forschung des National Institute of Health (NIH) sowie die NASA, die fast als einziger Teilbereich weniger Geld erhält als von der Regierung beantragt.

Eine wichtige Änderung für den Wissenschaftsbetrieb findet sich übrigens in dem allein über 4000 Seiten dicken „National Defense Authorization Act“, der traditionellerweise die Ausgaben für das US-Militär und dazu eine Vielzahl von damit mehr oder weniger zusammenhängenden Regelungen umfasst und seit vielen Jahrzehnten in parteiübergreifendem Konsens beschlossen wird. Bei die-